

Schnelleres Sturmplantempo!

Bildung von Stoßgruppen / „Rote Tafeln“ der RGO / Generalkontrolle von unten am 15. Mai 1931

Das Reichsamt der RGO teilt mit:

In allen Bezirken des Reiches ist die Durchführung des Sturmplanes im vollen Gange. Die roten Tage vom 15. April bis 1. Mai haben eine neue große Initiative ausgelöst. Die bisher bekannten Ergebnisse einzelner Bezirke, zahlreicher Betriebe und Stempelstellen beweisen, daß die Ziele des Sturmplanes am 15. Juni auf der ganzen Front erreicht werden können. Die Durchführung des Sturmplanes entwickelt sich aber in den einzelnen Bezirken ungleichmäßig. Zahlreich sind die Fälle, wo der Sturmplan von Betrieben und Stempelstellen bereits erfüllt wurde und die Organisationen sich durch Aufstellung eines neuen Planes weitergehende Ziele gestellt haben. Es gibt andererseits noch viele Punkte, wo das Ziel am Kontrolltag des 15. April weitergehende Ziele gestellt haben. Es gibt andererseits noch viele Punkte, wo das Ziel am Kontrolltag des 15. April weitergehende Ziele gestellt haben. Es gibt andererseits noch viele Punkte, wo das Ziel am Kontrolltag des 15. April weitergehende Ziele gestellt haben.

Die Durchführung der zweiten Etappe des Sturmplanes wird jetzt in der breitesten Arbeiteröffentlichkeit vor sich gehen. Die bisherigen Resultate werden deshalb von nun ab laufend in der gesamten Partei- und Gewerkschaftspressen veröffentlicht werden. Insbesondere die Wettbewerbe zwischen den einzelnen RGO-Bezirken und zwischen den Betriebsgruppen und Stempelstellengruppen. Alle RGO-Bezirke sind angewiesen, das zu tun. Alle RGO-Mitglieder werden aufgefordert, auf diesen Wettbewerben zu bestehen.

Unter dem Namen „Rote Tafeln der RGO“ soll auf Befehl des Reichsammtes nunmehr laufend mit der Veröffentlichung der Resultate aller jener Betriebsgruppen, Erwerbslosengruppen, Jugendgruppen, Organisationen begonnen werden, die den Sturmplan bereits erfüllt und sich neue Ziele gestellt haben. Alle Organisationen, bei denen das zutrifft, werden ersucht, ihre Resultate in einem kurzen Bericht sofort direkt an das Reichsamt der RGO (Abteilung: Fritz Hedert, Berlin C 25, Mühlstraße 24) einzusenden. Aus allen Teilen Deutschlands müssen die besten Aktivitäten mitteilen, durch ihre guten Beispiele die gesamte RGO-Front schneller vorwärts zu rufen.

Weiter werden alle Bezirks- und Ortskomitees und alle Gruppenleitungen aufgefordert, sofort Stoßgruppen aus den aktivsten Kollegen zu bilden, die die Betriebe, wo wir noch Schwäche oder gar keine Kräfte haben, ins brüderliche Schlepptau nehmen bzw. die Vorkämpfer über sie übernehmen. Teilt dem Reichsamt zwecks Veröffentlichung mit, wo Stoßgruppen gebildet worden sind.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten werden aufgefordert, mit kameradschaftlicher Kritik, durch eigene Vorkämpfer und Anregungen mitzuhelfen, daß der Sturmplan schon vor dem 15. Juni, möglichst schon auf den bevorstehenden Bezirkskongressen der RGO, vollständig erfüllt wird. Auf Grund der wirksamen Hilfe, die auf den Aufruf an die Initiative und Kontrolle der Arbeiter zur Folge hatte, beschloß das Reichsamt, daß am 15. Mai eine Generalkontrolle von unten

seitens jedes einzelnen RGO-Anhängers stattfinden soll. In diesem Tage müssen die Ziele des Sturmplanes überall zu mindestens 75 Prozent erreicht sein. Kontrollierte jeder Kollege und jede Kollegin schon heute, inwieweit in allen Betrieben und Stempelstellen die Durchführung des Sturmplanes im Gange ist. Auch die nächsten Resultate sollen in offener Selbstkritik in der Tagespresse veröffentlicht werden. Wo die Selbstkritik nichts nützt oder Passivität oder Unvermögen dem Voranschritt der RGO im Wege stehen, teilt das Reichsamt mit, gleichzeitig damit aber auch eure Meinungen über die Maßnahmen, die notwendig sind, um die vorhandenen Schwächen zu beheben. Das Reichsamt wird dann für Abhilfe sorgen.

- Die Ziele des Sturmplanes, die mit Hilfe der gesamten Arbeiterklasse erreicht werden müssen, sind:
- Vorbereitung des Kampfes um Lohn und Brot in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle.
- In jedem Betrieb eine Betriebsgruppe der RGO.
- In jedem Nachweis eine Erwerbslosengruppe der RGO.
- In jedem Betrieb und an jeder Stempelstelle eine Jugendgruppe der RGO.
- In jeder Gruppe eine Frauenkommission.
- Erreichung des sechsgelochten Werksloos an neuen Mitgliedern und Zeitungslesern.
- Bildung einer breiten Leitung in jeder RGO-Gruppe.
- Bildung eines RGO-Funktionärskörpers in jeder Gruppe.
- Schaffung einer Oppositionsfraktion in jeder reformistischen und christlichen Gewerkschaft.
- Mit vereinten Kräften muß und wird das Ziel gelingen!

Angestellte und 40-Std.-Woche

(Angestelltenkorrespondenz)

Durch die Notverordnung der Brüning-Regierung ist eine Parole, die ganz besonders die Angestellten angeht, aktuell geworden, die Parole der 40-Stunden-Woche.

Es hat wohl selten eine Lösung gegeben, die raffiniert in ein solches Mäntelchen gehüllt, einen so unerhörten Angriff auf die ohnehin katastrophale Lebenshaltung der Angestelltenklasse bedeutet. Denn was bedeutet diese Arbeitszeitverkürzung? Bringt sie eine Entlastung des Angestellten mit sich? Und erfüllt sie überhaupt den Zweck, den die Notverordnung ihr zu ihrer Begründung zuschreibt, nämlich die Freimachung von Arbeitsplätzen für erwerbslose Angestellte? Ein Beispiel dazu aus dem Dresdner Einzelhandel. Das Warenhaus Kiseberg führte als erste Dresdener Firma eine Arbeitszeitverkürzung ein. Die Angestellten arbeiten jetzt täglich eine halbe Stunde weniger und müssen aber dafür außer dem durch den neuen Tarif erfolgten 6prozentigen Gehaltsabbau sich noch weitere 6 Prozent abgeben lassen. Also 12 Prozent Gehaltskürzung bei — größerer Arbeitsintensität. Die Angestellten haben doch verständlicherweise das gleiche Arbeitspensum zu erbringen wie früher, aber in kürzerer Zeit, d. h. zu der verstärkten Ausnutzung durch geringeres Gehalt kommt nun noch eine verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft durch größere Intensität der Arbeit. Und wie steht es mit den Reueinrichtungen, die durch eine Arbeitszeitverkürzung ermöglicht werden sollen?

Der Unternehmer braucht nicht einen einzigen Angestellten mehr als früher. Lohnkürzung und verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft — das sind die tieferen Gründe dieser Parole „40-Stunden-Woche“. Und wie stellen sich die „Vertreter“ der Angestellten dazu? Im Falle „Kiseberg“ stimmte die Betriebsvertretung, die fast ausschließlich aus Mitgliedern des DGB besteht, darunter sogar ein Mitglied der Gewerkschaft „Einzelhandel“, einstimmig für die Maßnahmen der Betriebsleitung, ja sogar ohne vorher auch nur mit der Belegschaft in Verbindung zu treten. Über ein solches Vorgehen ist nicht nur ein Fehler einer

Betriebsvertretung, sondern ist ein symptomatischer Ausdruck der Politik, die die Angestelltenvertreter aller Richtungen, des DGB, DGB, DGB, treiben. In einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium am 16. März über die Frage der Arbeitszeitverkürzung haben sich die Vertreter aller dieser Angestelltenverbände trotz

Neuer Lohnraub-Spezialist Eisenbahnproleten auf die Nase gelehrt



Dr. Homberger, der neugewählte Finanzdirektor der Reichsbahn. Die Eisenbahner rüfen für den 9. und 10. Mai zum Sieg der roten Betriebsräte, um jedem Angriff der Vorkämpfer unter revolutionärer Führung zu begegnen. Also mobilisiert für die Aktion:

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

Neuer Landarbeiterstreit

Auf dem Gutshof bei Wedel (Wasserkanal) sollte auf Grund des verbindlich erklärten Landarbeiter-Schlepptrahns der Lohnraub durchgeführt werden. Die Landarbeiter ließen sich jedoch nicht gefallen und legten sofort die Arbeit nieder, selbst durch Drohungen mit der Polizei ließen sich die Landarbeiter nicht einschüchtern. Der Kreisleiter des DGB erklärte, daß der Streit ein wilder Streit sei. Darauf wandten sich die Landarbeiter an das Ortskomitee der RGO in Wedel, welches sofort eine Streikleitung wählte und sich an die Spitze des Kampfes stellte.

Ein Dokument sozialfaschistischen Verrats: „Wir haben mit Sammlungen nichts zu tun!“

Hängt das Schanddokument an allen Baustellen aus Bauarbeiter, wählt Delegierte für die Konferenz am 17. Mai! Nachdem die sozialfaschistischen Bürokraten der baugewerblichen Verbände in Berlin wie im Reich mit offenen faschistischen Methoden den Streit der Bauarbeiter niedergeschlagen haben, begreifen sie an den seit 5 Wochen heroisch kämpfenden Bauarbeitern des Saargebietes ein neues Verbrechen. Diese Bande korrupter Streikbrecherorganisationen wagte es, nachstehende Erklärung in der sozialdemokratischen, wie in der bürgerlichen Presse des Saargebietes zu veröffentlichen.

Es ist uns bekannt geworden, daß zur Zeit Sammlungen für die im Lohnkampf stehenden Bauarbeiter vorgenommen werden. Untergeliebte Organisationen erklären hierdurch aus

grundsätzliche Bedenken (!) für die Kurzarbeitsklausel ausgesprochen, und nicht nur für die abzuschließenden Tarifverträge; sie erklärten sich sogar bereit, nachträglich Kurzarbeitsabkommen für schon bestehende Tarifverträge abzuschließen.

So steht die Vertretung der Angestellteninteressen durch diese Verbände aus. Aber dies ist mehr als eine bloße Kapitulation vor dem Unternehmertum, es ist ein bewußter Verrat an den Angestellten. In derselben Zeit, wo diese Herren schon bereit sind, die Interessen der Angestellten aufzugeben, sprechen sie vor den Angestellten von Kampf gegen solche „unerhörten Forderungen der Unternehmer“. Warum hat das Unternehmertum besonders mit den Angestellten so leichtes Spiel? Die Unternehmer wissen sehr genau, daß sie auch heute noch in der Ideologie der Angestellten selbst die beste Waffe gegen die Angestellten besitzen. Krieg, Inflation, Deflation und auch die Wirtschaftskrise der letzten Jahre haben immer noch nicht die „Siehtagenpsychologie“ der Angestellten vernichten können. Die Angestellten glauben immer noch in ihrer Mehrheit, eine belästigte gesellschaftliche Mission zu haben, eine spezielle gesellschaftliche Stellung einzunehmen. Aber noch nie ist die Zugehörigkeit der Angestellten zum Proletariat so deutlich in Erscheinung getreten wie gerade jetzt, trotzdem die Bereicherung der Angestellten bestimmt noch nicht ihren höchsten Punkt erreicht hat. Sogar der DGB, der doch am bewußtesten „Standespolitik“ getrieben hat, muß zugeben, daß durch die Notverordnung der Angestellte zum Standesherrn wird, und „damit würde einer der Hauptpfeiler kürzen, die unseren Stand als Stand bisher getragen haben“. Die Angestellten müssen lernen, ihre Lage nicht vom Standpunkt des „meinen Kragens“ zu betrachten, sondern sie müssen erkennen, daß ihr wirtschaftlicher Niedergang das Ergebnis einer sich in Todesstrümpfen windenden Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung ist, die an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde geht und alles mitreißt, wenn nicht der natürliche Gegner, die Klasse der Ausgebeuteten, aus diesem Untergang einer alten Welt den Anfang einer neuen Epoche macht. Dieser Kampf aber ist Sache aller Arbeitnehmer.

Angestellte und Arbeiter haben einen gemeinsamen Feind: das Kapital, das Unternehmertum.

Das alte Standesideal ist vom Kapitalismus selbst zerfallen worden. Weber „Wirtschaftsdemokratie“ nach das „dritte Reich“ können die soziale Not, also auch die Angestelltennot beheben. Der Angestellte gehört in die Front der Arbeiter, in die Front des revolutionären Proletariats!

Angestellte! Gemeinsame Not, gemeinsame Feinde, gemeinsamer Kampf unter Führung der RGO gegen den Kapitalismus für eine klassenlose Gesellschaftsordnung, in der es keine Stände und keine Ausbeuterklasse mehr gibt.

drücklich, daß sie niemand den Auftrag erteilt haben, Sammlungen vorzunehmen und danach auch mit diesen Sammlungen nichts zu tun haben.

Deutscher Bauergewerksbund Zentralverband der Zimmerer Zentralverband christlicher Bauarbeiter.

So können nur gelbe Gewerkschaftsführer handeln, die auf Geheiß und Verhör mit dem Unternehmertum verbunden sind. Den deutschen Bauarbeitern aber wird dieses Schanddokument die Augen noch schneller öffnen, um zu erkennen, daß sie nur unter revolutionärer Führung der RGO und des neugeborenen Einheitsverbandes für das Baugewerbe das Unternehmertum auf die Knie zwingen können. In Massen müssen die Bauarbeiter sich in der RGO und dem Einheitsverband für das Baugewerbe organisieren und dieser Verräterbande den verdienten Fuhrtritt verweigern.

Pflichtarbeiterstreit in Rothenbach

Seit dem 24. April befinden sich die Erwerbslosen von Rothenbach in Schlesien im Kampf. Sie haben es abgelehnt sich für einen wöchentlichen Hungerlohn von 8 bis 9 Mark als Waldarbeiter ausbeuten zu lassen. Es herrscht bei den Pflichtarbeitern eine glänzende Kampfmotivation. Sie sind nicht gewillt, eher an die Arbeit zu gehen, als bis ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind. Es wurde ein Kampfausschuß von 6 Kollegen gewählt.

Die am Sonntag dem 26. April tagende Bezirkskonferenz der Landarbeiter Schlesiens beschloß einstimmig die Gründung des Einheitsverbandes der Landarbeiter.

Während Hunger und Not wächst:

Zahlt die Reichsbank an Großkapitalisten 12 Prozent Dividende!

Auf der Generalversammlung der Reichsbank unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther wurde der Geschäftsbericht gegeben. Danach hatte die Reichsbank bei einem Grundkapital von 150 Millionen Mark im vergangenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 40 Millionen Mark.

Die Reichsbank zahlt in diesem Jahr wiederum 12 Prozent Dividende oder insgesamt 18 Millionen Mark an ihre Aktionäre.

aus. Da der überwiegende Teil Reichsbankanteile in den Händen von Großkapitalisten und skrupellosesten Volksausbeuter für Banken konzentriert ist, schlucken also diese gemeinsten und skrupellosesten Volksausbeuter für Banken Millionen Mark, während die Massen des Volkes in Hunger und Elend umkommen. Man muß es bei dieser Gelegenheit wieder betonen: Sowohl die Nationalsozialisten wie die Sozialdemokraten lehnen eine Extrabesteuerung der Millionäre und Dividendenschlucker ab. Kein Wunder, denn der führende deutsche Bankkapitän Dr. von

Staub trübsüchtig zusammen mit Hitler und Severings „Macht und Herrlichkeit“ hängt ja auch nur ab von dem Willen der Bankherren und Industriemänner. Wie lange glauben die Nationalsozialisten noch Proleten verdummen zu können mit der Lüge — es „gibt keine“ Klassenunterschiede. Wie lange glauben die SPD-Führer ihren Arbeiterbetrug durchzuführen zu können mit dem Argument „die Not der Wirtschaft“ macht die Opfer der Arbeiterklasse notwendig?

Massenfront gegen die Lohn- und Gehaltsräuberbande! Arbeiter, Angestellte! Hinein in die RGO!